

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

XXII. GP.-NR

145/A(E)

2003 -U6- 04

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Dr. Eva Lichtenberger, Freundinnen und Freunde

betreffend mehr Verkehrssicherheit durch ein Überholverbot für LKW im oberösterreichischen Autobahnnetz

Sofern eine Ökopunkte-Übergangsregelung für den Zeitraum nach dem 31.12.2003 überhaupt zustande kommen wird, wird diese absehbar äußerst geringe Schutz- und Steuerungswirkung entfalten. Damit wird der LKW-Transitdruck in ganz Österreich in jedem Fall deutlich zunehmen, unabhängig davon, wann und mit welchem genauen Ergebnis der derzeitige Disput zwischen Europaparlamentsmehrheit und Rat endet.

Besonders betroffen werden neben den bisherigen Brennpunkten des Transitgeschehens an den Alpenquerungen Westösterreichs Bundesländer wie Oberösterreich sein, wo Nord-Süd- und West-Ost-Transit einander kreuzen und teilweise überlagern. Daher müssen nun Bund und Länder gemeinsam alle innerstaatlichen Handlungsmöglichkeiten zur Bewältigung dieser Problematik vollständig ausschöpfen. Nur klare innerstaatliche Maßnahmen können den erforderlichen starken Verlagerungsdruck auf die Schiene erzeugen und gleichzeitig Brüssel signalisieren, dass die drohende Transit-Lawine nicht tatenlos hingenommen wird. Denn schon jetzt ist die Lärm- und Schadstoffbelastung vieler Anrainerinnen und Anrainer unerträglich, die problematische Feinstaubkonzentration insbesondere im Großraum Linz weit über den Grenzwerten und die Verkehrssicherheit speziell auf den Autobahnen als Haupt-LKW-Strecken beeinträchtigt. Für mehr Sicherheit für PKW- wie LKW-Benutzer, für weniger Stau auf den Autobahnen und um den Verlagerungsdruck auf die Schiene zu erhöhen, soll ein generelles LKW-Überholverbot auf Oberösterreichs Autobahnen verhängt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird aufgefordert, durch ein LKW-Überholverbot auf den oberösterreichischen Autobahnstrecken zur Verkehrssicherheit und zur Verlagerung des Langstreckengütertransports auf die Schiene beizutragen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuß vorgeschlagen.